MITTWOCH, 31.3.10 · NR. 62 STAND 14 UHR

Handelsblatt

NEWS AM ABEND eNews für Entscheider

heute:
IKB aktuell
THEMEN FÜR UNTERNEHMEN

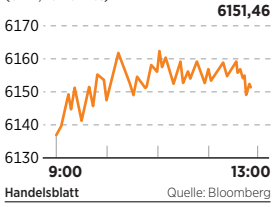
HIER KLICKEN

die Leser-Favoriten auf Handelsblatt.com

Mercedes mangelt es an Sex-Appeal
Freizeitparks setzen auf Urlaub vor der „Haustür"
Viele Anleger verschenken leichtfertig Geld
USA blasen zur Jagd auf europäische Großbanken

DAX

Mittwoch, 31.3.2010
(6142,45 Punkte)



Handelsblatt Quelle: Bloomberg

HEUTE

Umfrage: Bund soll Schulpolitik gestalten
Die Bundesbürger bewerten die Schulpolitik ihrer jeweiligen Landesregierung allenfalls mit einer Drei minus. 61 Prozent wollen, dass der Bund überall in Deutschland die gleiche Qualität von Schulen und Unterricht garantiert. Dies zeigt eine heute vorgestellte Allensbach-Umfrage. Bei den Elternwünschen ganz oben rangieren kleinere Klassen (69 Prozent) und weniger Stundenausfall (64 Prozent). Vor allem im Westen ist die Verkürzung der Oberstufe von 13 auf zwölf Jahre umstritten.

Kartellamt verteidigt Mineralölindustrie
Kartellamts-Chef Andreas Mundt hält es für unwahrscheinlich, dass die derzeit hohen Spritpreise durch Absprachen der Ölkonzerne zustande kommen. Der Markt in Deutschland sei transparent, weil hier nur fünf große Konzerne tätig seien, sagte Mundt. Die Spritpreise waren in den vergangenen Tagen stark gestiegen.

Frühling am Arbeitsmarkt

Arbeitslosenzahl sinkt im März erstmals Krisenbeginn unter Vorjahresniveau

rtr I Nürnberg Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im März mit dem Schwung der Frühjahrsbelebung stärker gesunken als erwartet. Wie die Bundesagentur für Arbeit (BA) heute mitteilte, gab es im März 3,568 Mio. Arbeitslose. Dies waren 75 000 weniger als im Februar und 18 000 weniger als vor einem Jahr. Erstmals seit einem Jahr wurde der Vorjahreswert unterschritten, wenn auch nur aufgrund eines statistischen Sondereffekts. Von einer Trendwende wollte BA-Vorstandschef Frank-Jürgen Weise nicht sprechen. „Die Frühjahrsbelebung hat den Arbeitsmarkt erreicht", sagte Weise in Nürnberg. „Selbst bei guter wirtschaftlicher Entwicklung wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt noch verschlechtern."

„Der Arbeitsmarkt hat die Krise bisher ganz gut verkraftet", sagte der BA-Chef. Er machte aber deutlich, dass seine Behörde noch keinen Anlass sieht, Entwarnung zu geben. „Die Konjunktur scheint anzuspringen. Für den Arbeitsmarkt gilt das aus unser Beobachtung noch nicht." Für das Gesamtjahr 2010 sage das Forschungsinstitut der BA unverändert einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um 120 000 auf gut 3,5 Mio. voraus. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl ging um 31 000 zurück, während Experten eine Zunahme um 10 000 erwartet hatten.

Nach neuen BA-Zahlen ist die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit auch in den vergangenen Monaten leicht gesunken. Gleichzeitig stiegen die saisonbereinigten Werte für die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung seit mindestens drei Monaten in Folge. Statistiker sprechen von einer Trendwende, wenn sich ein Drei-Monats-Trend bestätigt.



Mit großen Buchstaben wirbt ein Arbeitsvermittler für angebotene Stellen. Der Arbeitsmarkt präsentiert sich derzeit in unerwartet guter Verfassung. ap

Die Arbeitslosenquote sank im Monatsvergleich um 0,2 Prozentpunkte und im Jahresvergleich um 0,1 Punkte auf 8,5 Prozent. Eine Belebung ist im März durch steigende Beschäftigung in den Außenberufen üblich.

In der Euro-Zone, für die allerdings erst Daten für Februar vorliegen, ist die Arbeitslosigkeit dagegen auf einen Rekordstand geklettert. Die Quote lag bei 10,0 Prozent - und war damit so hoch wie seit August 1998 nicht mehr, wie Eurostat heute meldete. Auch in den 27 Ländern der EU erreichte die Arbeitslosigkeit mit 9,6 Prozent einen Höchststand seit Beginn der Statistik Anfang 2000. In beiden Fällen bedeutete dies gegenüber dem Vormonat einen Anstieg von 0,1 Prozentpunkten. Nach Angaben von Eurostat waren im Februar in der EU 23,02 Mio. Menschen ohne Job, davon 15,8 Mio. im Euro-Raum. **SEITE 2**

Inflation in Euro-Zone steigt unerwartet stark

rtr I Brüssel Die Teuerung in der Euro-Zone hat im März so stark angezogen wie seit über einem Jahr nicht mehr. Die Verbraucherpreise lagen um 1,5 Prozent höher als vor einem Jahr, wie das Statistikamt Eurostat heute nach vorläufigen Berechnungen mitteilte. Das war der höchste Wert seit Dezember 2008. Analysten hatten nur mit einem Anstieg auf 1,1 Prozent gerechnet, nach 0,9 Prozent im Februar.

Grund für die höhere Teuerungsrate ist der deutlich höhere Ölpreis. Derzeit kostet ein Barrel (159 Liter) Rohöl mit gut 80 Dollar etwa 30 Dollar mehr als im März 2009. Experten gehen davon aus, dass der Preisauftrieb in den kommenden Monaten wieder an Fahrt verliert, da mit sinkenden Ölpreisen gerechnet wird.

17. Handelsblatt Jahrestagung
Immobilienwirtschaft 2010.

6. und 7. Mai 2010,
The Ritz-Carlton Berlin

Weitere Informationen erhalten Sie telefonisch unter: 0211 9686 3525

Handelsblatt
Substanz entscheidet.

Handelsblatt NEWS AM ABEND
MITTWOCH, 31. MÄRZ 2010

KOMMENTAR

Nicht zu früh freuen

Dietrich Creutzburg
Handelsblatt

Der Frühling ist da – wie es scheint auch auf dem Arbeitsmarkt. Immerhin sehen die neuen Daten noch etwas besser aus als selbst Optimisten erwartet hatten: Mit 3,57 Millionen war die amtliche Arbeitslosenzahl im März erstmals seit dem Tiefpunkt der Krise sogar wieder niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Sind die Probleme also bereits ausgestanden? Ja und nein. Unzweifelhaft war die ganze Arbeitsmarktentwicklung der zurückliegenden Monate, vor allem dank Kurzarbeit, verblüffend stabil. Das hat in der kritischsten Phase der Krise die Konjunktur insgesamt deutlich gestützt.

Doch umso mehr wächst mittlerweile die Gefahr politischer Leichtfertigkeit – dabei ist noch lange nicht die Zeit, den Arbeitsmarkt wieder mit lauter neuen Wohltaten zu belasten. Die schwarz-gelbe Koalition scheint es zu vergessen: Sie hebt etwa das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger an und lädt immer mehr Branchen ein, ihr Glück in Mindestlöhnen zu suchen. Die Rechnung für solche Politik kommt zwar meistens erst viel später – aber sie kommt.

Wenn die Politik Aktivität zeigen will, dann sollte sie vor allem eins tun: die nach bisheriger Rechtslage Ende 2010 abrupt auslaufende Sozialabgabenentlastung für Firmen mit Kurzarbeit noch ein Stück verlängern. Wer ausgerechnet hier einen ordnungspolitischen Sündenfall sieht, hat schlicht einen verzerrten Blick. Kurzarbeit ist für Krisenbetriebe immer teuer– egal ob aufs Kurzarbeitergeld Sozialabgaben anfallen oder nicht. Sie werden nicht ohne Not darauf zurückgreifen.

Zugleich bleibt die Gefahr, dass der Arbeitsmarkt selbst in der Spätphase der Krise noch kippt – weil sich die Kosten der Jobsicherung eventuell doch schon zu tief in die Bilanzen vieler Unternehmen hineingefressen haben. Bei allem Frühlingsgefühl braucht der Arbeitsmarkt weiter volle Aufmerksamkeit.

Dem Staat fehlen 105 Milliarden

Öffentliche Haushalte weisen 2009 ein Rekorddefizit aus - Dramatischer Anstieg durch Krise

HB I Wiesbaden Die Finanzlücke in den öffentlichen Haushalten hat im vergangenen Jahr einen neuen Rekordwert erreicht. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts vom Mittwoch stieg im Krisenjahr 2009 das Finanzierungsdefizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen auf 105,5 Mrd. Euro. Im Vorjahr war es nur ein Minus von 5,2 Mrd. Euro gewesen, und 2007 hatten die öffentlichen Haushalte sogar ein Plus von elf Mrd. Euro gemacht. Der bisherige Rekordwert war 2003 ein Defizit von 74,1 Mrd. Euro gewesen. Grund für das Milliardenloch sind teils kräftig gestiegene Ausgaben - vor allem zur Bewältigung der Finanzkrise - und sinkende Einnahmen wegen des wegbrechenden Steueraufkommens.



Illustration: Nils Fliegner

Nach Angaben der Statistiker gaben die öffentlichen Haushalte vergangenes Jahr mit 1126,6 Mrd. Euro 6,7 Prozent mehr aus als im Jahr 2008. Die Einnahmen gingen dagegen um 2,8 Prozent auf 1021,1 Mrd. Euro zurück. Bei den Zahlen handelt es sich um sogenannte kassenmäßige Angaben, die etwas anders berechnet werden als die sogenannte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die bereits im Februar veröffentlicht worden war und die der EU-Defizitquote zu Grunde gelegt wird.

Besonders kräftig stieg den Angaben aus Wiesbaden zufolge das Finanzierungsdefizit des Bundes: Es wuchs um 38,2 Mrd. auf 55,9 Mrd. Euro. Davon machen die Extrahaushalte - zu dem auch der Finanzmarktstabilisierungsfonds zur Bewältigung der Krise gehört - fast 30 Mrd. Euro aus. Länder und Gemeinden, die 2008 noch schwarze Zahlen geschrieben hatten, stürzen nun ebenfalls tief ins Minus. Vor allem aufgrund des Defizits bei der Bundesagentur für Arbeit weitet sich auch das Finanzloch der Sozialversicherungen auf 14,7 Mrd. Euro aus. Zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte mussten im vergangenen Jahr insgesamt 83,7 Mrd. Euro neue Schulden aufgenommen werden. Endgültige Ergebnisse wollen die Statistiker im Mai veröffentlichen.

Experte: Pädophilie im Netz kaum zu bekämpfen

dpa I Münster Das Sperren von Kinderporno-Seiten bringt ebenso wie das Löschen aus Sicht des Medienrechtlers Thomas Hoeren nichts im Kampf gegen Pädophilie im Internet. „Wir haben es mit einer hochkriminalisierten Szene zu tun. Ist eine Seite gesperrt oder gelöscht, gibt es woanders schon ein neues Angebot“, sagte der Leiter des Institut für Informations-, Telekommunikations- und Medienrecht an der Universität Münster. Ein effektiverer Weg, „der Szene das Agieren zumindest etwas schwerer zu machen“, sei die Sperrung der Kreditkarten. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hatte am Dienstag bekräftigt, weiter das Löschen von Kinderporno- Seiten im Internet anzustreben - anders als die EU-Kommission, die das Sperren fordert. Diese Diskussion sei eine Scheindebatte, sagte Hoeren, der Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf ist. „So schnell sich die Gesetze oder politischen Vorstöße ändern, so schnell ändert auch die Szene ihr Vorgehen.“

SPD will Bagatelldelikte entschärfen

dpa I Hamburg Nach dem Urteil zum Maultaschendiebstahl einer Altenpflegerin dringt die SPD auf eine Gesetzesänderung: Der stellvertretende Bundesvorsitzende Olaf Scholz, sagte dem „Hamburger Abendblatt“: „Man kann gesetzlich regeln, dass bei solchen Taten mit geringen Werten nicht sofort eine fristlose oder eine Verdachtskündigung ausgesprochen wird, sondern eine Abmahnung.“ Man müsse den Gerichten mehr Spielraum lassen, sagte Scholz, denn: „Viele Menschen können einfach nicht verstehen, dass beispielsweise Banker oder Manager Millionenabfindungen bekommen und eine Verkäuferin wegen ein paar Euro ihren Job verliert.“ Die SPD hat deshalb eine Gesetzesinitiative in den Bundestag eingebracht.

In der Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht einigten sich die Altenpflegerin und ihr ehemaliger Arbeitgeber am Dienstag auf einen Vergleich: Die 58-Jährige erhält von der Konstanzer Spitalstiftung 25 000 Euro Abfindung sowie zusätzlich rückwirkend mehrere Monatslöhne. Dieser Anteil muss noch berechnet werden, beträgt aber höchstens 17 500 Euro. Die Altenpflegerin war fast 17 Jahre lang in dem Seniorenheim beschäftigt. Im April 2009 hatte sie sechs Maultaschen mitgenommen, die ursprünglich für Bewohner des Seniorenheims bestimmt waren, aber ohnehin sonst im Müll gelandet wären. Ihr war fristlos gekündigt worden.

Impressum

Handelsblatt News am Abend

Verlag: Handelsblatt GmbH

Geschäftsführung:
Joachim Liebler
Dr. Tobias Schulz-Isenbeck

Redaktion:
Bernd Ziesemer (verantw.)
Peter Pfister (Redaktionsltg.)
Sabine Haupt
Karen Wientgen

Corporate Editions:
Content Sales
Tel.: 0211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de

Anschrift:
Kasernenstr. 67
40213 Düsseldorf
Tel. +49 (0) 211-887-1550
E-Mail: content@vhb.de
www.newsamabend.com

Handelsblatt NEWS AM ABEND MITTWOCH, 31. MÄRZ 2010

Finanzkrise kostet Athen 13 Milliarden Euro
Griechenland dürfte bei den in diesem Jahr begebenen Anleihen etwa 13 Mrd. Euro mehr an Zinsen bezahlen, als wenn der Renditeaufschlag gegenüber deutschen Bundesanleihen auf dem Niveau vor der Haushaltskrise geblieben wäre. Das geht aus Daten von Bloomberg und der Crédit Agricole Corporate and Investment Bank hervor.

Massen-Exodus aus Lulas Kabinett
In Brasilien verlassen diese Woche gleich neun Minister das Kabinett von Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva. Die Ressortchefs wollen alle bei den Präsidentschafts-, Parlaments- und Regionalwahlen am 3. Oktober kandidieren und müssen nach brasilianischem Wahlgesetz sechs Monate vorher ihre Ämter niederlegen.

Uno: Afghanistan weltweit größter Hasch-Produzent
Afghanistan ist nach Uno-Angaben nicht nur der weltweit größte Produzent von Opium, sondern auch von Haschisch. Mit einer geschätzten Jahresproduktion zwischen 1500 bis 3500 Tonnen lasse das Land am Hindukusch Marokko als zweitgrößtes Anbauland von Cannabis weit hinter sich. Uno-Schätzungen zufolge werden in Afghanistan jährlich zwischen 10 000 und 24 000 Hektar Land für den Cannabis-Anbau genutzt.

Serbien arbeitet Massaker auf

Politische Winkelzüge überschatten historische Resolution zu Srebrenica



Experten untersuchen die Opfer von Srebrenica. Dort ermordeten serbische Milizen 8000 unbewaffnete Bosnier. dpa

dpa I Belgrad Das serbische Parlament hat sich für das Massaker in der ostbosnischen Stadt Srebrenica entschuldigt - allerdings nur mit hauchdünner Mehrheit und ohne das Wort Völkermord zu erwähnen. Nur 127 der 250 Abgeordneten stimmten am frühen Morgen in Belgrad für eine Resolution der Regierung, die dieses schwerste Verbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg in allgemeiner Form verurteilt. Im Juli 1995 hatten serbisches Militär und Paramilitärs rund 8000 muslimische Jungen und Männer ermordet.

Serbien hatte sich bisher geweigert, einer Verurteilung des vom Internationalen Gerichtshof (IGH) als Völkermord klassifizierten Verbrechens zuzustimmen - es stand damit weltweit allein da. Um überhaupt die Annahme der Srebrenica-Resolution zu ermöglichen, hatte die Regierung ihren Entwurf deutlich „entschärft". Der Begriff „Genozid" wurde gestrichen, der Name des inzwischen gestorbenen serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic, der als eigentlicher Drahtzieher gilt, kam nicht vor.

Hinterbliebene des Massakers wiesen die Resolution als „bedeutungslos" zurück, weil der Völkermord nicht anerkannt werde. Die führende serbische Menschenrechtlerin Natasa Kandic sagte der Zeitung „Danas", es sei „eine historische Chance verpasst" worden. Die knappe Mehrheit sei nur durch politische Händel erreicht worden, titelte die Zeitung „Blic". So sei einem Abgeordneten zugestanden worden, trotz gegenteiliger Gesetzeslage sowohl Abgeordneter als auch Bürgermeister bleiben zu dürfen.

Die Zustimmung der Milosevic-Sozialisten, die heute als Juniorpartner in der Regierung sitzen, sei nur erreicht worden, weil schon am Mittwoch eine zweite Resolution auf den Weg gebracht werden sollte, schrieben die Medien weiter. Darin sollen auch alle Kriegsverbrechen an Serben verurteilt werden. Die Opposition hatte eine Entschuldigung für Srebrenica abgelehnt, wenn nicht gleichzeitig auch die Verbrechen am serbischen Volk verurteilt werden. „Die Gräben bleiben", überschrieb die Zeitung „Novosti" ihren Bericht.

Kirche weist Vorwürfe gegen Bischof Mixa zurück

afp I München Fünf ehemalige Heimkinder haben Vorwürfe gegen den Augsburger Bischof Walter Mixa erhoben. In eidesstattlichen Erklärungen, die der „Süddeutschen Zeitung" vorliegen, behaupten die drei Frauen und zwei Männer, Mixa habe sie in den 70er- und 80er-Jahren im Kinder- und Jugendhilfezentrum St. Josef im bayerischen Schrobenhausen mehrmals geschlagen. Das Bistum Augsburg bezeichnete die Vorwürfe gegenüber der Zeitung als „absurd, unwahr und offenbar in der Absicht erfunden, den Bischof zu diffamieren". Laut „SZ" berichten die ehemaligen Heimkinder von Ohrfeigen, Fausthieben gegen den Oberarm sowie Schlägen auf das Gesäß mit Teppichklopfer und Stock. Walter Mixa war den Angaben zufolge von 1975 bis 1996 Stadtpfarrer von Schrobenhausen und habe laut den Berichten der ehemaligen Heimkinder regelmäßig die Mallersdorfer Schwester besucht, die das Kinderheim damals leiteten. Auch die Nonnen sollen die Kinder geschlagen haben - „mit Holzbesen, Holzpantoffeln und Kleiderbügeln", wie die heute 41 bis 47 Jahre alten Personen laut „SZ" berichten.

Neue Anschläge im Nordkaukasus

HB I Moskau Zwei Tage nach den Terroranschlägen in der Moskauer Metro sind bei neuen Selbstmordattentaten diesmal im Konfliktgebiet Nordkaukasus mindestens elf Menschen getötet worden. Das teilte das russische Innenministerium nach Angaben der Agentur Interfax mit. Zwei Männer sprengten sich demnach in der Stadt Kisljar in der russischen Teilrepublik Dagestan in die Luft. Einer der Täter soll eine Polizeiuniform getragen haben. Es gab viele Verletzte.

Nach Ansicht von Regierungschef Wladimir Putin haben die neuen Anschläge dieselben Drahtzieher wie bei den Anschlägen auf die Moskauer Metro am Montag. „Wir glauben, dass dies Verbrechen gegen Russland sind", sagte Putin. Dabei sei es egal, in welcher Region die Anschläge verübt wurden und wer die Opfer sind. Am Montag hatten zwei Selbstmordattentäterinnen in der Moskauer Metro 39 Menschen in den Tod gerissen.

In Dagestan hatten Sicherheitskräfte den Fahrer eines Autos im Stadtzentrum angehalten, um ihn zu kontrollieren. Daraufhin habe der Mann am Steuer einen Sprengsatz, den er bei sich hatte, gezündet. Zwei Polizisten und eine Passantin starben. Als sich am Tatort eine Menschenmenge bildete, habe sich ein zweiter Attentäter in Polizeiuniform in die Luft gesprengt.

Im Nordkaukasus kommt es immer wieder zu schweren Anschlägen islamistischer Untergrundkämpfer, die für einen unabhängigen Gottesstaat kämpfen. Die Islamisten hatten zuletzt gedroht, den „Krieg" weiter ins russische Kernland zu tragen. Nach den Moskauer Anschlägen sollten am Mittwoch die ersten Opfer beerdigt werden.

Obama macht Druck bei Iran-Sanktionen

rtr I Washington US-Präsident Barack Obama rechnet damit, dass innerhalb weniger Wochen neue Sanktionen gegen Iran beschlossen werden. Nach einem Gespräch mit seinem französischen Kollegen Nicolas Sarkozy zeigten sich beiden Politiker entschlossen, noch im Frühjahr eine Einigung über die Strafmaßnahmen zu erreichen. Auch die Außenminister der G-8-Staaten verlangten mehr internationalen Druck auf Teheran. Obama räumte aber ein, dass im Uno-Sicherheitsrat in dieser Frage keine Einigkeit herrsche. Von den fünf ständigen Mitgliedern des Uno-Sicherheitsrates ist vor allem China gegen Sanktionen. Das Land hat enge Wirtschaftsbeziehungen zu Iran. Die Regierung in Teheran ist bislang nicht auf einen Kompromissvorschlag der Atomenergiebehörde IAEA eingegangen, atomaren Brennstoff im Ausland anreichern zu lassen. Damit soll der Bau von Atomwaffen durch Iran verhindert werden.

Handelsblatt NEWS AM ABEND MITTWOCH, 31. MÄRZ 2010

Riesen-Erwartung an das Riesen-iPhone

Am Samstag kommt Apples iPad in die Läden - Die Börse rechnet mit einem Sensationserfolg des Tablet-PCs

HB I Berlin Das lange Warten hat ein Ende: Am Samstag bringt Apple sein lang erwartetes iPad in die Läden. In den USA kostet der etwa DIN-A4-große Rechner zwischen 500 Dollar und 700 Dollar (ohne Mehrwertsteuer). Ende Mai startet Apple auch den Vertrieb der iPad-Modelle, die über 3G-Mobilfunk (UMTS) Daten senden und empfangen können - und dann wird das iPad auch in Deutschland zu haben sein. Über den Apple-Store im Web sollen bereits „hunderttausende" Vorbestellungen für die futuristische Schiefertafel eingegangen sein.

Entfacht die Fan-Gemeinde mit ihrer Sehnsucht nach einem neuen Apple-Gadget nur ein Strohfeuer? Oder gelingt es Apple nach erneut, eine ganz neue Gerätekategorie am Markt zu etablieren? Immerhin hat Apple mit dem iPod und dem iPhone bereits zweimal dieses Kunststück geschafft - und mit iTunes ein komplettes Ökosystem für den Vertrieb digitalisierter Musik und Videos aufgebaut.

Der iPad ist kein revolutionäres Konzept. Microsoft-Begründer Bill Gates stellte bereits vor über zehn Jahren auf der Computermesse Comdex eine Digitaltafel vor, die als mobiler Multimedia-Player und hypermoderner Notizblock dienen sollte. Doch die Tablet-PCs der ersten Generation floppten. Sie waren zu teuer, zu langsam, zu kompliziert zu bedienen und verfügten nur über viel zu kurze Batterielaufzeiten. Außerdem fehlten die „Killer-Apps", also die Anwendungen, die man nie wieder missen möchte.

Hier sieht Apple sich heute viel besser aufgestellt. Im iTunes Store werden über 140 000 „Apps" für das iPhone und den iPod touch angeboten, die mit wenig Aufwand für das iPad optimiert werden können. Außerdem haben etliche Spieleherstellen und Inhalteanbieter angekündigt, Anwendungen für das iPad anzubieten. So wird der Axel-Springer-Verlag die Zeitungen der „Welt"-Gruppe als erste deutsche Blätter auf das iPad bringen. Dagegen zögern andere Verlage, TV-Sender und Hollywood-Studios noch, auch diesen Teil der digitalen Contentwirtschaft in die Hände von Apple zu legen. Und auch die Apple-Wettbewerber wollen diesmal nicht tatenlos zuschauen, wie Konzernchef Steve Jobs neue Claims in der digitalen Landschaft absteckt.



Das ist Apples neue Wunderflunder: Das tastaturlose iPad soll die Lücke zwischen Handy und Computer füllen. ap

Apple zeigt sich von den hektischen Aktivitäten der Wettbewerber nur mäßig beeindruckt und bereitet sich auf einen Massenansturm auf das iPad vor. Die Lieferanten von Apple in Asien erwarten den Absatz von 2,5 Mio. Geräten bis Ende Mai, berichtete Katy Huberty, Analystin bei Morgan Stanley. Im Jahr 2010 könnte der iPad-Absatz nach dieser Prognose sogar auf acht bis zehn Mio. Geräte steigen. Die Börse feiert das iPad schon jetzt als Erfolg. Die Apple-Aktie hat in den vergangenen Tag ein Allzeithoch erreicht und den Wert des Unternehmens fast auf das Niveau von des weltgrößten Software-Konzerns Microsoft gehoben.



Jetzt schon vormerken!

Mittwoch, 16. Juni 2010, 15.00 Uhr
Maritim Hotel Düsseldorf

Zukunftstrends für den Mittelstand

Innovationspotenziale ausschöpfen, Wachstumschancen nutzen

Die IKB und der BDI setzen ihre gemeinsame Reihe „Zukunftstrends für den Mittelstand" fort. Interessenten sollten sich bereits jetzt den Termin vormerken!

Renommierte Unternehmerpersönlichkeiten aus unterschiedlichen Branchen werden ihre Innovationsstrategien skizzieren. Im Fokus stehen dabei Aspekte wie zum Beispiel die Vorgehensweise beim Aufspüren von Innovationspotenzialen, die Ausgestaltung der internen Innovationsprozesse oder die Zusammenarbeit mit externen Partnern.

Wir erwarten als Redner u. a.:

Hans-Julius Ahlmann, Geschäftsführender Gesellschafter, ACO Severin Ahlmann, Rendsburg

Prof. Dr. Dr. Andreas Barner, Sprecher der Unternehmensleitung, Boehringer Ingelheim, Ingelheim

Dr.-Ing. Gunther Kegel, Vorsitzender der Geschäftsführung, Pepperl+Fuchs, Mannheim

Helmut Kostal, Geschäftsführender Gesellschafter, Leopold Kostal, Lüdenscheid

Veranstalter
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
IKB Deutsche Industriebank AG

Information/Anmeldung
Lassen Sie sich jetzt schon vormerken. Sie erhalten zeitnah Ihre Einladung.

www.ikb.de/branchen&märkte/veranstaltungen

BDI Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

IKB Deutsche Industriebank

Bilder mit freundlicher Genehmigung der ACO Severin Ahlmann GmbH & Co. KG, Rendsburg; Boehringer Ingelheim GmbH, Ingelheim

Marktforscher GfK will 2010 mit Umsatzplus aus Krise
Deutschlands führender Marktforscher GfK will seinen Umsatz dieses Jahr wieder steigern und profitabler werden. Die Erlöse, die 2009 um 4,6 Prozent auf 1,2 Mrd. Euro fielen, sollen um rund drei Prozent zulegen, wie das Unternehmen heute in Nürnberg mitteilte. Im vergangenen Jahr hat der Konzern 60,5 Mio. Euro verdient, gut ein Viertel weniger als 2008.

Baywa trotz weniger Gewinn optimistisch
Europas größter Agrarhandelskonzern Baywa sieht nach einem Gewinnrückgang 2009 zuversichtlich in die Zukunft. Der Konzern will die Ergebnisse in seinen drei Hauptsparten Agrar, Bau und Energie im Vergleich zum Vorjahr wieder steigern, wie das Unternehmen heute in München mitteilte. 2009 sanken die Erlöse von 8,79 Mrd. Euro im Vorjahr auf 7,26 Mrd. Euro. Der Gewinn ging von 76,7 Mio. auf 59,4 Mio. Euro zurück.

US-Kohlekonzern Peabody peilt Milliarden-Zukauf an
Der weltgrößte börsennotierte Kohlekonzern Peabody Energy will sich mit einem Milliarden-Zukauf Vorkommen in Australien sichern. Das US-Unternehmen bot heute rund drei Mrd. Dollar für den Rivalen Macarthur. Die Australier wiesen die Offerte jedoch umgehend zurück.

Margen der Dax-Firmen sinken

Umsatzrendite der Industriekonzerne liegt nur noch bei 2,4 Prozent. Experten befürchten nun umfangreiche Entlassungen.


Dax-Chart in Frankfurt: Die Mehrheit der Dax-Konzerne kämpft mit niedrigen Margen. rtr

Ulf Sommer
Handelsblatt

Düsseldorf Deutschlands führende Industrieunternehmen starten miserabel in das Aufschwungjahr 2010 und erholen sich bislang kaum. Nach der rasanten Talfahrt 2008 brachen Umsätze und Ergebnisse 2009 noch einmal kräftig ein. Dadurch fiel die wichtige Umsatzrendite binnen zwei Jahren vom Rekordhoch bei 5,4 Prozent auf durchschnittlich 2,4 Prozent.

Das zeigt der Handelsblatt-Firmencheck, der in Zusammenarbeit mit dem Centrum für Bilanzierung und Prüfung (CBP) und der Unternehmensberatung Oliver Wyman entsteht.

Zwar rutschten nur sechs der 25 Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen im Dax in die Verlustzone. Das ist angesichts des schwersten Wirtschaftsabschwungs seit Anfang der 30er-Jahre beachtlich. Doch weil den Unternehmen die Aufträge wegbrachen, sie aber nicht in gleichem Maße ihre Produktion und Zahl der Mitarbeiter reduzierten, blieb gleich bei zehn Konzernen pro 100 Euro Umsatz weniger als ein Euro unter dem Strich hängen. Das gab es noch nie.

„Dass die Unternehmen in der schweren Krise an ihren Mitarbeitern festhalten, schlägt sich in sinkenden Margen nieder“, sagt Oliver-Wyman-Berater Thomas Kautzsch. „Erleben wir rasch einen kräftigen Aufschwung, dann geht die Strategie der Firmen auf, und sie können auf volle Kapazitäten zurückgreifen, um Aufträge zu erfüllen.“

Doch ein abrupter Trendwechsel ist nicht in Sicht. Beinahe alle Unternehmen nutzten die Präsentation ihrer Geschäftsberichte, um die Erwartungen zu dämpfen. „Wenn die Unternehmen jetzt nicht schleunigst die Talsohle verlassen, erleidet die deutsche Volkswirtschaft verheerende Rückschläge“, sagt CBP-Direktor Karlheinz Küting. „Die Umsätze brechen ein, und die Fixkosten können sie nicht weiter abbauen. Das drückt auf die Margen.“ Es sei daher zu befürchten, so Küting, dass die Konzerne um Entlassungen auch in größerem Umfang nicht herumkämen, wenn die Aufträge nicht rasch entscheidend anziehen.

Seit Ausbruch der Krise 2008 hat kein Dax-Konzern betriebsbedingte Kündigungen in großem Stil angekündigt. Allerdings sinken die Nettogewinne in der Summe bei den 25 Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen im Dax wie im Vorjahr um 33 Prozent. Immerhin: Mit den Chemie- und Pharmakonzernen BASF und Bayer, den Versorgern Eon und RWE und Siemens fahren im Krisenjahr 2009 fünf Konzerne mehr als eine Mrd. Euro unter dem Strich ein.

H MORGEN MEHR im Handelsblatt

Ryanair und Air France streiten

dpa | Paris Europas größter Luftfahrtkonzern Air France-KLM und der Billigflieger Ryanair überziehen sich gegenseitig mit Klagen wegen unerlaubter Finanzhilfen. Air France-KLM eröffnete die juristische Schlacht und zog gegen Hilfen Dutzender europäischer Regionalflughäfen für Ryanair vor die EU-Kommission. Ryanair konterte mit einer Klage vor Gericht gegen Finanzhilfen für Air France. Die Iren fordern, dass die Franzosen 113 Mio. Euro Entschädigung und Zinsen zahlen.



Kämpft gegen Subventionen für Air France: Ryanair-Chef Michael O'Leary. dpa

Der Billigflieger aus Irland wird 2010 voraussichtlich mit 65 Mio. Passagieren größte europäische Fluggesellschaft vor Air France und Lufthansa. Air France zufolge wurde Ryanair alleine 2008 in Europa mit 660 Mio. Euro gefördert, zum Beispiel mit Marketinghilfen. Davon kämen 35 Mio. aus Frankreich. Flughäfen wie Ostende und Alghero würden mehr als elf Euro je Passagier zuschießen. Die regionalen Handelskammern würden das fördern. Ryanair-Chef Michel O'Leary weist die Vorwürfe zurück - und kontert: „Air France will die Entwicklung der Regionalflughäfen blockieren, um alle Passagiere über sein Drehkreuz Paris zu leiten“, sagt er. Air France erhalte Subventionen für innerfranzösische Strecken.

Maschinenbau kommt langsam in Gang

rtr | Düsseldorf Bei den von der Wirtschaftskrise gebeutelten Maschinenbauern füllen sich dank der steigenden Nachfrage aus dem Ausland langsam wieder die Auftragsbücher. Im Februar kletterten die Orders gegenüber dem Vorjahresmonat um 26 Prozent, wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) heute mitteilte. „Wir haben im Dreimonatsvergleich in 20 von 29 Fachzweigen Plusraten bei den Auftragseingängen“, sagte VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers. Die Zuwachsraten in den verschiedenen Bereichen reichten von zwei Prozent bis über 100 Prozent.

Die Auslands-Orders der Branche, zu der neben zahlreichen Mittelständlern auch börsennotierte Unternehmen wie Thyssen-Krupp, Gea und Gildemeister gehören, legte um 32 Prozent zu, während das Plus im Inland nur halb so groß ausfiel. Staaten wie China und Brasilien seien die Wachstumstreiber, sagte Wiechers.

Handelsblatt NEWS AM ABEND MITTWOCH, 31. MÄRZ 2010

Beiersdorf baut Vorstand um
Nivea-Hersteller Beiersdorf wird seinen Vorstand zum 1. Mai neu aufstellen. Neben Vorstandschef Thomas Quaas, Markenvorstand Pieter Nota sowie Finanzvorstand Bernhard Düttmann übernimmt Markus Pinger die Region Amerika, James Wei führt die Region Asien, und für die Region Europa soll ein neues Vorstandsmitglied ernannt werden, teilte das im Dax notierte Unternehmen heute in Hamburg mit.

Toyota steigert Absatz in USA um 35 Prozent
Der japanische Autobauer Toyota hat im März in den USA mehr Fahrzeuge verkauft als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der weltgrößte Autobauer steigerte seinen Absatz um 35 Prozent. Dazu hätten vor allem Preisrabatte geführt, die Toyota nach den Rückrufaktionen zu Jahresbeginn einführte. Im März 2009 hatte der Autobauer 133 000 Fahrzeuge in den USA an den Mann gebracht.

Airbus gewinnt Milliarden-Auftrag
Der europäische Flugzeughersteller Airbus hat sich einen Milliarden-Auftrag in Südostasien gesichert. Wie das Unternehmen heute mitteilte, bestellt die staatliche Fluglinie Malaysia Airlines zum Listenpreis von 2,7 Mrd. Euro 15 Passagiermaschinen sowie zwei Frachtflugzeuge .

Banken helfen Solon

Angeschlagener Solarmodulproduzent sichert Finanzierung

HB I Berlin Der angeschlagene Solarmodulproduzent Solon sieht seine Finanzierung bis Ende 2011 gesichert. In den Verhandlungen mit den Banken sei „inzwischen Einvernehmen über alle wesentlichen Bedingungen erzielt“ worden, teilte das Berliner Unternehmen heute bei Vorlage seines Geschäftsberichts 2009 mit.

Solon war im vergangenen Jahr tief in die roten Zahlen gerutscht. Bei einem Umsatz von 354 Mio. Euro verbuchte die firma einen Nettoverlust von 272 Mio. Euro. Operativ lag das Minus bei 199 Mio. Euro.

Unter Führung der Deutschen Bank sollen Solon Kredite in Höhe von 275 Mio. Euro gewährt werden, wie die Gesellschaft berichtete. Durch eine Ausfallbürgschaft des Bundes und der Länder Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sind 146 Mio. gedeckt. Der Gesamtumfang des Kreditpakets zeige, „dass die Banken bereit sind, Solon auch unverbürgte Fremdmittel in nennenswertem Umfang zur Verfügung zu stellen“, sagte Finanzvorstand Simone Prüfer.

Nach einem Einbruch im Krisenjahr 2009 rechnet Solon in diesem Jahr mit einer stark steigenden Nachfrage nach Solartechnik. „Wir erwarten in diesem Jahr ein Umsatzwachstum im deutlich zweistelligen Prozentbereich“, sagte der seit zwei Monaten amtierende Firmenchef Stefan Säuberlich heute. Operativ rechne er mit „einem mindestens ausgeglichenen Ergebnis“.

Neben Deutschland sei vor allem in den USA die Nachfrage gestiegen. Dort liefen die Geschäfte besser als geplant. Bei seinen Expansionsplänen will Solon auch Südostasien ins Visier nehmen und prüft, dort im kommenden Jahr mit einem Partner eine Produktionsanlage aufzubauen. Solon betreibt in Deutschland Standorte in Berlin, Greifswald und Freiburg.

Die Verkaufspreise von Solarmodulen dürften in diesem Jahr langsamer sinken als im vorigen Jahr, erklärte Solon. Wegen der hohen Nachfrage stünden die Preise mittlerweile nicht mehr in dem Maße unter Druck wie noch 2009, erklärte Säuberlich. Solon-Aktien legten heute deutlich zu.



Solon-Photovoltaik-Werk in Greifswald: Das Unternehmen hat seine Zukunft bis 2011 gesichert. dpa

Stahlhersteller befürchten Preisexplosion

dpa I Melbourne/Frankfurt Tiefgreifende Umwälzungen auf dem Rohstoffmarkt lassen die Stahlhersteller vor einer drastischen Verteuerung der Preise zittern. Der Minenkonzern BHP Billiton setzte als erster großer Eisenerzproduzent kürzere Laufzeiten für seine Lieferverträge mit den asiatischen Stahlkonzernen durch. Damit steht das seit Jahrzehnten praktizierte System mit einer jährlichen Preisbindungen endgültig vor dem Aus.

Die europäischen Stahlhersteller befürchten, dass die Abkehr vom alten System willkürlichen Preissteigerungen Tür und Tor öffnet. Zudem verliere der Markt durch die kurzfristigere Regelung an Verlässlichkeit. Die Stahlkonzerne kündigten an, die höheren Produktionskosten an die Kunden weiterreichen zu wollen.

Die Preise an den Rohstoffmärkten sind seit dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise wegen der anhaltend hohen Nachfrage aus China sowie Spekulationen bereits deutlich gestiegen. Die deutschen Stahlkocher sehen durch die erwartete Preisexplosion die leichte Erholung der vergangenen Monate gefährdet.

Abwrackprämie: Kunden stürmen Küchengeschäfte

afp I Washington Nach dem Erfolg der Abwrackprämie für Autos lockt die US-Regierung die Kunden mit einer Prämie für Küchen und Haushaltsgeräte in die Läden. Zuschüsse gibt es für alles von Geschirrspülmaschinen über Kühlschränke bis hin zu Waschmaschinen – vorausgesetzt, die neuen Geräte verrichten ihre Arbeit umweltfreundlicher als die alten.

Preisbewusste Verbraucher stürmen in so großer Zahl die Läden, dass die Finanzreserven für den Zuschuss in manchen Bundesstaaten in kürzester Zeit aufgebraucht waren. Im Bundesstaat Iowa etwa kassierten Kunden bis zu 500 Dollar Staatshilfe für ein Küchengerät. Aus dem Haushalt der Regierung in Washington waren Iowa dafür 2,7 Mio. Dollar bereitgestellt worden – die in wenigen Stunden aufgebraucht waren.

Ausgezahlt werden die Prämien nur, wenn die Geräte 30 Prozent weniger Energie verbrauchen als herkömmliche Produkte. Nach Einschätzung des Ökonomen Ryan Sweet vom Finanzanalysten Moody's haben sich die Prämienanreize in acht US-Bundesstaaten bereits in der Wirtschaftsstatistik niedergeschlagen. Weitere US-Bundesstaaten wollen die Prämien anbieten.

Hacker attackieren erneut US-Internetfirmen in China

HB I San Francisco Eine Woche nach der Umleitung von Google-Suchanfragen in China zum unzensierten Angebot in Hongkong hat der US-Internetriese die chinesische Zensur für zwischenzeitliche Probleme verantwortlich gemacht. Da google.com.hk nur vorübergehend blockiert gewesen sei, sei dies auf Eingriffe in die „Große Internet-Mauer“ zurückzuführen, sagte ein Google-Sprecher. „Die Suchmaschine in China funktioniert wieder normal, obwohl wir nichts verändert haben.“ Gestern hatten Suchanfragen über Google in China, keine Ergebnisse geliefert.

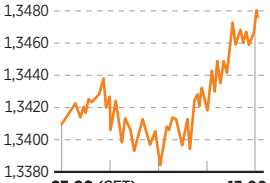
Nach monatelangem Streit über Hackerangriffe und Zensurbestimmungen in China hatte Google seine dort selbst auferlegten Beschränkungen vor einer Woche für beendet erklärt. Die Besucher der Website google.cn wurden seitdem auf die unzensierte Hongkonger Website google.com.hk umgeleitet.

In China sind indessen auch mehrere US-Journalisten Opfer eines Hacker-Angriffs geworden. Sie konnten ihre E-Mail-Konten des Internetkonzerns Yahoo nicht erreichen, oder mussten feststellen, dass ihre Mails an einen anderen Empfänger umgeleitet wurden. Yahoo wollte auf die Internet-Attacken nicht näher eingehen.

MÄRKTE HEUTE

Eurokurs

Mittwoch, 31.3.2010
US$ je Euro **1,3478**
Vortag: 1,3414 US$



Tops + Flops

Veränderung zum Vortagesschluss

HDax	31.3.2010
Wirecard	+5,21 %
MTU Aero Engines	+4,86 %
Centrotherm	+4,22 %
Hamburger Hafen	-7,42 %
BB Biotech	-4,19 %
Sky Deutschland	-2,36 %

Indizes + Kennzahlen

	31.3.2010	(Vortag)
FTSE 100	**5679,94**	5672,32
Nikkei	**11089,94**	11097,14
Euro Stoxx	**277,84**	277,61
Umlaufrendite (%)	**2,72**	2,75
Brentöl ($)	**80,81**	80,48
Gold ($)	**1108,98**	1103,60

Handelsblatt Quelle: Bloomberg

BÖRSE HEUTE

Nach seinem gestrigen Durchhänger hat der Dax heute wieder leicht zugelegt. Er stieg bis zum späten Mittag um knapp 0,2 Prozent auf 6152 Punkte und lag damit weiterhin in Reichweite der psychologisch wichtigen Marke von 6234 Punkten. Auf diesem Niveau hatte der Leitindex unmittelbar vor der Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 gelegen. „Dass wir diese Marke bald knacken, steht außer Zweifel", sagte ein Börsianer. „Ob das diese Woche noch passiert, ist aber fraglich. Denn nach den kräftigen Gewinnen der vergangenen Wochen fehlt dem Markt die Kraft, weiter zu steigen." Im Vergleich zu seinem Jahrestief von Anfang Februar hat der Dax inzwischen gut 13 Prozent zugelegt.

Zu den Hauptgesprächsthemen auf dem Parkett zählte die geplante Zusammenlegung der Vorzugs- und Stammaktien von Fresenius. Der Gesundheitskonzerns will sich außerdem in eine KGaA umwandeln.

Bankenabgabe kommt

Regierung will verhindern, dass Abgabe steuerlich absetzbar ist

dpa/rtr I Berlin Die schwarzgelbe Koalition will alle deutschen Banken zur Kasse bitten. Die Regierung beschloss heute die umstrittene Bankenabgabe zur Beteiligung der Kreditwirtschaft an den Kosten künftiger Finanzkrisen. Sie solle ein Gesamtaufkommen von einer bis 1,2 Mrd. Euro pro Jahr haben, sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Zur Aufteilung der Abgabe auf die einzelnen Banken machte er keine Angaben. Ziel der Abgabe sei, dass die Institute Vorsorge für Schieflagen in den eigenen Reihen leisteten, sagte er. Ein konkreter Gesetzentwurf soll bis zur Sommerpause folgen.

Vorgesehen ist auch die Schaffung eines auf Banken zugeschnittenen eigenen Insolvenzrechtes. Die vom Kabinett gebilligten Eckpunkte für schärfere Finanzmarktregeln sehen neue Werkzeuge für den Staat vor, um sich von Großbanken nicht mehr erpressen zu lassen. Bei drohenden Pleiten sollen Institute schnell saniert und sogar zerschlagen werden können. Zudem sollen Manager mit zehn Jahren doppelt so lange für Fehlverhalten haften als bisher und zu Schadensersatz verpflichtet werden können.



Finanzminister Schäuble (2. von re.) und seine französische Amtskollegin Lagarde in der Kabinettssitzung. ap

Die Regierung will ihre Bankenpläne eng mit ausländischen Regierungen - vor allem Frankreich - abstimmen. An der Kabinettssitzung nahm die französische Wirtschaftsministerin Christine Lagarde teil. Auch sie hält es für sinnvoll, hochriskante Geschäfte von Banken durch eine zusätzliche Abgabe zu belasten. Jedoch will Paris die Einnahmen direkt für den Staatshaushalt verwenden. Berlin plant dagegen, dass die Sonderabgabe in einen Fonds fließt.

Der Bundesfinanzminister will verhindern, dass Geldinstitute die Bankenabgabe von der Steuer absetzen können. „Wir arbeiten daran, verfassungsrechtlich genau abzuklären, ob wir die steuerliche Absetzbarkeit ausschließen können", sagte er. Hier sei eine saubere verfassungsrechtliche Begründung notwendig. „Wir sind da mitten in der Prüfung", sagte Schäuble.

Genossenschaftsbanken und Sparkassen kritisierten erneut die Abgabe. „Eine derartige allgemeine Abgabe verschließt die Augen davor, dass Genossenschaftsbanken nicht zu den Verursachern der Finanzkrise zählen", erklärte der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). Es sei nicht nachzuvollziehen, warum Marktteilnehmer wie Hedge-Fonds mit ihren riskanten Geschäften sowie Staatsbanken ausgespart würden.

Obama erlaubt Ölförderung in den USA

afp I Washington In einer energiepolitischen Kehrtwende will US-Präsident Barack Obama laut einem Zeitungsbericht weite Teile der US-Küstengebiete für die Ausbeutung von Öl- und Gasvorkommen freigeben. Obama werde heute auf dem Luftwaffenstützpunkt Andrews eine Stellungnahme zur Energiesicherheit abgeben und entsprechende Pläne bekanntgeben, berichtete die „New York Times" unter Berufung auf Regierungsbeamte. Damit fiele das jahrelange Moratorium, das bislang für Öl- und Gasbohrungen vor der US-Ostküste galt. Neben der Ostküste wären auch Gebiete im Golf von Mexiko und vor der Nordküste Alaskas betroffen.

Während Umweltschützer die Pläne ablehnen, könnte sich Obama mit dem Schachzug die Zustimmung der Republikaner für Zugeständnisse bei der Klimagesetzgebung sichern. In seinem Wahlkampf hatte Obama deren Forderung nach einer Öffnung von Tausenden Küsten-Kilometern noch zurückgewiesen. Hintergrund seiner Meinungsänderung dürften die Schaffung neuer Jobs und eine größere Unabhängigkeit der USA von Ölimporten sein.

Immobilienmarkt normalisiert sich erst ab 2012

rtr I Frankfurt Die Aareal Bank rechnet nur mit einer langsamen Erholung an den von der Finanzkrise schwer gebeutelten Immobilienmärkten. Im laufenden und im kommenden Jahr sei mit einer schrittweisen Verbesserung des Marktumfelds zu rechnen, sagte Aareal-Bank-Chef Wolf Schumacher heute. Ab 2012 sei wieder mit normalisierten Märkten zu rechnen. Trotz eines herausfordernden Starts in 2010 sei das erste Quartal planmäßig verlaufen, betonte er.

BayernLB peilt für 2010 Gewinn an

rtr I München Die BayernLB will im laufenden Jahr ihre tiefe Krise beenden und zu schwarzen Zahlen zurückkehren. Ziel sei es, nach den kostspieligen Aufräumarbeiten in der neuen Struktur ein positives Ergebnis einzufahren, sagte Interims-Chef Stefan Ermisch heute. Die ersten beiden Monate des Jahres seien operativ zufriedenstellend verlaufen. Das Mittelstandsgeschäft solle nun forciert werden.

Deutschlands zweitgrößte Landesbank verbuchte 2009 einen Nettoverlust von 2,61 Mrd. Euro, nach zuvor gut fünf Mrd. Euro. Belastet wurde Bank vor allem von der früheren Tochter Hypo Group Alpe Adria (HGAA) - mit insgesamt 3,3 Mrd. Euro.

Die von der Finanzkrise am härtesten getroffene Landesbank verwies aber auch auf Fortschritte: So fielen die Personalkosten um 13 Prozent. Zudem komme die Bank überraschend zügig beim Abbau von Bereichen voran, die nicht mehr in die Strategie passen.

Julius Bär plant Übernahmen

rtr I Frankfurt Die Schweizer Privatbank Julius Bär schaut sich nach Aussage von Europa-Chef Gian Rossi nach Zukaufsmöglichkeiten um. „Wir halten Ausschau nach Akquisitionen", sagte Rossi gestern Abend auf einer Veranstaltung in Frankfurt. Die Größenordnung wollte er nicht beziffern. Rossi betonte, die Bank gehe dieses Thema vorsichtig an. Sie bevorzuge organisches Wachstum. Erst 2009 hatte Julius Bär das Schweizer Filialgeschäft der niederländischen Finanzgruppe ING übernommen.

Schottland und Nordirland versinken in Schnee
Schotten und Iren warten noch vergeblich auf den Frühling: In beiden Regionen hat es heftig geschneit. In der Folge kam es zu massiven Stromausfällen. Bis zu 48 000 Haushalte in Nordirland und weitere 15 000 in Schottland waren heute ohne Strom, berichtete der Sender BBC. Außerdem mussten Hunderte Menschen aus ihren steckengebliebenen Autos gerettet werden.

Piraten „erbeuten" 97 Seeleute
Piraten haben vor der somalischen Küste sieben indische Handelsschiffe mit mindestens 97 Seeleuten an Bord in ihre Gewalt gebracht. Die Schiffe seien in den vergangenen Tagen gekapert worden, berichtete heute die Zeitung „Hindustan Times". Einzelheiten würden derzeit untersucht. Unklar war zunächst auch, ob Lösegeld gefordert wurde.

Sandra Bullocks Mann beginnt Therapie
Der untreue Ehemann von Hollywoodstar Sandra Bullock, Jesse James, hat sich in eine Therapieeinrichtung begeben. „Er hat erkannt, dass dies nötig ist, um sich selbst und seiner Familie zu helfen und um seine Ehe zu retten", erklärte der Sprecher von Jesse James. Näheres über die Behandlung und den Ort wurden nicht bekannt. Seit Mitte März haben sich vier Frauen zu Wort gemeldet, die behaupteten, mit James eine Affäre gehabt zu haben.

Große Nacht der Bayern

FC Bayern besiegt Manchester United - und kämpft nun um Einzug ins Halbfinale

dpa I München Den Willen zum Sieg zeigte der FC Bayern München bis zur Schluss-Sekunde. „Man kann der Mannschaft nur ein großes Kompliment machen, dass sie das Spiel noch gedreht hat", sagte Vorstandschef Karl-Heinz Rummenigge nach dem 2:1 (0:1)-Erfolg gestern Abend gegen Manchester United. Und Sportdirektor Christian Nerlinger schwärmte gar von einer „großen Nacht". Durch den Sieg im Viertelfinal-Hinspiel hielt der deutsche Fußball-Rekordmeister seine Chancen aufrecht, erstmals seit dem Triumph von 2001 wieder in das Semifinale der Champions League einzuziehen. „Jetzt haben wir wirklich eine kleine Chance, das Halbfinale zu erreichen", frohlockte Rummenigge.

Dabei hatte alles schlecht begonnen. Nach nur 63 Sekunden traf Wayne Rooney zum 1:0 für die Gäste, alles schien früh gelaufen. Erst nach 77 Minuten, als der am Ende am Sprunggelenk verletzte Rooney einen Freistoß von Franck Ribéry ins eigene Tor ablenkte, durften die Münchener wieder hoffen. Und als Ivica Olic in der Nachspielzeit dann noch das 2:1 erzielte, war der Abend praktisch perfekt.



Bayern-München-Star Ivica Olic (zweiter von rechts) jubelt über sein Tor gegen Manchester United. „Das war mein größtes Spiel beim Verein", sagte er später. dpa

„Wir haben sehr gut gespielt. Das ist für meinen Verein mein größtes Spiel", befand Torschütze Olic. „In einer Woche müssen wir noch mal so ein Spiel machen, wenn wir das Halbfinale erreichen wollen", sagte der Spieler, der wie alle vom Finale am 22. April in Madrid träumt. Bis es aber überhaupt erst einmal um das Halbfinal-Ticket in einer Woche in Manchester geht, steht zunächst die wichtige nationale Prüfung an: Das Bundesliga-Spiel am Samstag bei Schalke 04. Dabei soll auch Turbo-Dribbler Arjen Robben, der sich eine Wadenverletzung zugezogen hatte, spielen, wie Trainer Louis van Gaal bekanntgab. Mit von der Partie ist auch Bastian Schweinsteiger. Er hatte gegen den englischen Spitzenclub wegen einer Gelb-Sperre zuschauen müssen.

Lebenslange Haftstrafe für Elternmörder

afp I Ulm Im Prozess um den vierfachen Mord von Eislingen hat das Landgericht Ulm die beiden Angeklagten zu hohen Haftstrafen verurteilt. Gegen den zur Tatzeit 18 Jahre alte Gymnasiasten Andreas H. verhängte das Gericht heute eine lebenslange Haftstrafe nach Erwachsenenstrafrecht.

Die Richter stellten zugleich eine besondere Schwere der Schuld fest, was eine vorzeitige Haftentlassung bereits nach 15 Jahren ausschließt. Der 19-jährige Mittäter Frederik B. muss laut Urteil für zehn Jahre ins Gefängnis. Bei ihm wandte das Landgericht Ulm das Jugendstrafrecht an.

Die Richter sprachen die beiden jungen Männer des gemeinschaftlichen Mordes an den Eltern und den beiden Schwestern von Andreas H. für schuldig. Sie hatten in der Nacht zu Karfreitag 2009 ihre Opfer mit insgesamt 30 Pistolenkugeln erschossen. Die Tat hatte bundesweit für Entsetzen gesorgt.

SUDOKU Zahlenspiel für Kreuz- und Querdenker

Mittel

			2		1			3
3	7					5		
	4		3		6	9		2
4	9						1	8
					9	6		
		7	4		8			
	8							6
2	6	5	1			8		
					7	2	9	

Schwer

5			9				8	
2		7					1	
3			1	2		4		7
		5			6			4
	7				5		9	
4		1					6	8
1					9			
		3	6				4	2
			8					

Anleitung: Füllen Sie die Matrix mit Zahlen von 1 bis 9. Jede Ziffer darf nur einmal in jeder Spalte, Reihe und den 3x3-Feldern vorkommen. Doppelungen sind nicht erlaubt.
Die Lösungen zum Sudoku finden Sie in der nächsten Ausgabe des Handelsblatts.

JUST A MINUTE

Business Spotlight

Testen Sie Ihr Englisch!

„The company has made a _____ of 100,000 Euro to help with the building of the new library."

a) duration
b) dilation
c) donation

Antwort c): donation – Spende

Lernen Sie das Englischmagazin für den beruflichen Erfolg jetzt kennen:
www.business-spotlight.de/hb © Business Spotlight, Spotlight Verlag 2008

IKB aktuell

Mittwoch, 31. März 2010 | Nr. 1176 THEMEN FÜR UNTERNEHMEN www.ikb.de

Steckbrief

IKB-Kunden stellen sich vor:

ROY ROBSON FASHION GmbH & Co. KG

Woher wir kommen: *1922 in Berlin gegründet, ist ROY ROBSON bis heute familiengeführt. Am Firmensitz in Lüneburg hat sich das Unternehmen vom klassischen Konfektionshersteller zum internationalen Unternehmen für Männermode entwickelt – mit Showrooms, Monolabel-Stores und Fachhändlern in ganz Europa. Als Ausstatter der Bundesligavereine Werder Bremen und Hannover 96 engagiert sich ROY ROBSON seit vielen Jahren im Fußball. Darüber hinaus ist die Marke Bekleidungspartner vieler TV-Sender.*

ROY ROBSON

Was wir anbieten: *Die Kollektionen bieten klassische Konfektion und Casual-Mode für die Freizeit. Das Sortiment enthält Anzüge und Sakkos, Hosen, Hemden, Krawatten, Strick, Wirk, Mäntel und Sportswear. Darüber hinaus runden Lizenzprodukte das Angebot ab – aktuell erhältlich sind Gürtel, Lederjacken und Socken.*

Wie wir uns positionieren: *Das unternehmerische Handeln ist geprägt durch Authentizität, Zusammenhalt und die Verbindung von Tradition und Modernität. Mit Investitionen in eigene Produktionsstätten und in die Produktentwicklung ist ROY ROBSON unabhängig und kann sich durch Verarbeitungsqualität und mit innovativen Produkten vom Wettbewerb absetzen. Den Abverkauf im Handel unterstützen eigens entwickelte Shopsysteme und Schaufensterdekorationen.*

Wohin wir wollen: *Der Bekanntheitsgrad der Marke ROY ROBSON soll weiter steigen durch Erweiterung des Lizenzgeschäftes. Zusätzliche Produktgruppen befinden sich ebenso in Planung wie die Stärkung des Angebots an Freizeitmode. Bei einem derzeitigen Export-Anteil von etwa 50% investiert ROY ROBSON auch in die Weiterentwicklung der internationalen Märkte.*

Heiko Westermann, Geschäftsführender Gesellschafter, www.royrobson.de

Impressum

IKB Deutsche Industriebank AG, Wilhelm-Bötzkes-Str. 1, 40474 Düsseldorf, **Redaktion:** Patrick von der Ehe, Tel.: +49 211 8221-4776, Fax: +49 211 8221-2776, E-Mail: redaktion@ikb.de

Verantwortlich für den Inhalt ist die IKB. Namentlich gekennzeichnete Fremdbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Weiterverbreitung nur mit schriftlicher Genehmigung.

IKB Deutsche Industriebank

Branche im Fokus

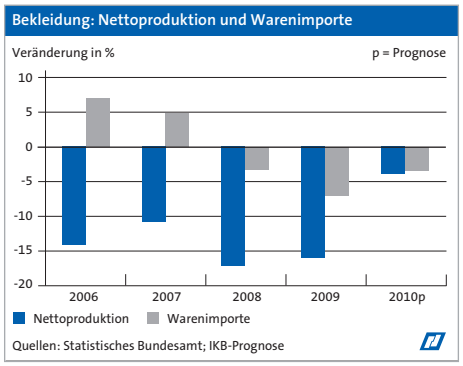
Bekleidungsindustrie: Spitz auf Knopf durch die Krise

Strukturwandel und Konsumschwäche setzen Unternehmen unter Druck

Mit Umsatzeinbrüchen von rund 10 % musste die seit Jahren durch massiven Strukturwandel gekennzeichnete Branche 2009 ein weiteres Krisenjahr bewältigen. Zahlreiche Anbieter – darunter auch prominente Namen wie Schiesser und Escada – gerieten in Schieflage. Die Insolvenzquote bei Unternehmen mit einem Umsatz über 10 Mio. € schnellte um über zwei Prozentpunkte auf 3,9 % nach oben. Und auch im laufenden Jahr ist mit keiner Besserung zu rechnen. Die fortwährend schwache Inlandsnachfrage, limitierte Exportmöglichkeiten und der anhaltende Strukturwandel der Branche führen nach IKB-Einschätzung mittelfristig zu einer rückläufigen Nettoproduktion von rund 3 % p.a. Zudem forciert der hohe Preisdruck die weitere Abwanderung inländischer Produktion ins Ausland wie auch eine steigende Versorgung des Inlandsmarktes durch Importware: Die größten deutschen Bekleidungslieferanten verfügen bereits nicht mehr über Produktionsstandorte im Inland.

Aber es gibt auch Unternehmen, die relativ unbeschadet durch die Krise kommen. Gerry Weber, Inditex Deutschland (Zara) und Tom Tailor melden gegen den Branchentrend Umsatz- und Gewinnsteigerungen. Was sind die erfolgreichen Konzepte, die dahinter stehen?

Da insbesondere bei Standard- und Massenware asiatische Importware konkurrenzlos günstig ist, steigt die Bedeutung von Qualität, Design und Innovationsfähigkeit. Bei immer kürzeren Modezyklen sind zudem Schnelligkeit und Flexibilität bei Nachfrageschwankungen wichtige strategische Erfolgsfaktoren. Dafür unabdingbar sind effiziente



Produktions- und Prozessstrukturen: vom Design über die Produktion, die Distribution bis zur Kommunikation mit dem Konsumenten. Vertikalisierte Anbieter mit enger Markenführung greifen mit eigenen Filialnetzen Wertschöpfung über die gesamte Prozesskette ab. Hohe Anforderungen, die sich jedoch in der Krise mit guten Umsatz- und Ertragsergebnissen auszahlen.

Astrid Hegger, IKB

Den Mitarbeitern die Angst nehmen

Furcht vor Jobverlust lähmt viele Unternehmen

„Die deutsche Konjunktur ist aus der Intensivstation in die Reha gewechselt“, sagte jüngst Wirtschaftsforscher Wolfgang Franz. Die Mitarbeiter in den Unternehmen kämpfen derweil mit den Auswirkungen der Kurzarbeit oder sogar dem Gedanken an eine mögliche Arbeitslosigkeit – eine schlechte Ausgangsposition für gute Leistung und Beweglichkeit.

Neben der Planung der Geschäftsentwicklung haben Führungskräfte derzeit noch die Aufgabe, ihre Mannschaft ins Boot zu holen, neue Ziele zu erklären und zu motivieren. Was aber motiviert besser als finanzielle Anreize?

Es ist das Wissen etwas bewegen zu können, als Einzelner oder als Gruppe Autonomie zu erfahren, statt Anweisungen zu bekommen; sein Denken und Handeln unabhängiger zu gestalten, statt autoritär behandelt zu werden; Rückmeldung und Feedback zu erhalten, aber auch zu geben, statt durch Instruktionen und Ratschläge geführt zu werden.

Führungskräfte kennen oft das Dilemma, dass sie sich selbst bessere Führung durch ihre Vorgesetzten wünschen, jedoch nur einseitig vorgegebene Zielvorgaben statt gemeinsam entwickelter Zielvereinbarungen umsetzen sollen. Dennoch kann eine gut entwickelte Führungskraft diese Spannung überwinden und somit auf dem Weg aus der Krise gemeinsam mit ihrem Team das Beste für das Unternehmen erreichen. So kann der Reha-Patient bald wieder zum Ausdauerläufer werden.

Alexander Flieger, Cloverleaf Consult